



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 10. Juni 2015
(OR. en)

9304/15

SOC 372
EMPL 244
ECOFIN 409
EDUC 189

VERMERK

Absender: Vorsitz

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Europäisches Semester 2015: Beitrag für die Tagung des Europäischen Rates (25./26. Juni in Brüssel)
– Orientierungsaussprache

Die Delegationen erhalten beiliegend einen Vermerk des Vorsitzes, in dem der Rahmen für die Orientierungsaussprache abgesteckt und mit einer Reihe von Fragen eine Ausrichtung für die Beratungen der Minister auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz – EPSCO) am 18. Juni 2015 vorgegeben wird.

Europäisches Semester 2015:
Orientierungsaussprache (EPSCO, 18. Juni 2015)
Orientierungsvermerk des Vorsitzes

Die Aussicht auf **Wirtschaftswachstum** in der EU hat sich leicht verbessert, und die hohe Arbeitslosigkeit geht in den meisten Mitgliedstaaten langsam zurück. Das reale BIP-Wachstum im **Euro-Währungsgebiet** sollte nunmehr von 0,9% im vergangenen Jahr auf 1,5% (2015) und 1,9% (2016) steigen. In der **EU der 28** wird das BIP gegenüber 1,4% im Jahre 2014 voraussichtlich in diesem Jahr um 1,8% und im Jahr 2016 um 2,1% wachsen. Fast sieben Jahre nach Ausbruch der globalen Finanzkrise liegt das europäische BIP noch stets deutlich unter dem Vorkrisenniveau und ca. 10% unter dem Niveau, das dem Wachstumstrend vor der Krise entspräche.

Mit dem Krisenmanagement Europas der vergangenen Jahre wurde jedoch einiges erreicht: Finanzstabilität und eine Bankenunion, die erforderliche Haushaltsdisziplin und ein gemeinsames Bewusstsein für die Notwendigkeit, für gut funktionierende Arbeitsmärkte sowie tragfähige und effiziente Sozialschutzsysteme zu sorgen.

Die **Beschäftigung** wird voraussichtlich sowohl im Euro-Währungsgebiet als auch in der EU der 28 steigen, und zwar in diesem Jahr um 0,9% (EU 19) und 1% (EU 28) und im nächsten Jahr im Euro-Währungsgebiet um 1,1%. Die Arbeitslosenquote ist nach wie vor hoch und sinkt nur äußerst langsam; für 2016 wird ein geringfügiger Rückgang erwartet, und zwar in der EU der 28 auf 9,2% und im Euro-Währungsgebiet auf 10,5%, was noch stets über den Durchschnittswerten zwischen den Jahren 2004 und 2008 liegt. Nach wie vor gibt es ein starkes Gefälle zwischen den Mitgliedstaaten, die eine Arbeitslosenquote von ca. 25% aufweisen, und einigen, die weit unter dem EU-Durchschnitt und nahe der Vollbeschäftigung liegen.

Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist im Rückgang begriffen; im März 2015 lag sie in der EU bei 20,9% - ein Rückgang um ca. 520 000 in einem Jahr - und im Euro-Währungsgebiet bei 22,7%. Es liegt noch ein langer Weg vor uns - noch immer ist einer von fünf jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt arbeitslos. Außerdem sind fast 12 Millionen Menschen in der EU der 28 bereits seit einem Jahr oder länger ohne Arbeit. Die hohen Zahlen bei der Langzeitarbeitslosigkeit deuten darauf hin, dass die soziale Lage sich weiter zu verschlechtern droht.

Trotz der Verbesserung der Wirtschaftslage müssen die **Auswirkungen der Krise auf die Beschäftigung und ihre sozialen Folgen** durch eine stimmige Kombination wirtschafts-, steuer-, beschäftigungs- und sozialpolitischer Maßnahmen, die positive Synergien zwischen diesen Maßnahmen hervorbringt, weiter bekämpft werden.

Für das **Europäische Semester 2015** wird im Jahreswachstumsbericht der Kommission ein Ausweg aus der Krise vorgeschlagen, der aus drei Komponenten besteht - der Steigerung der Investitionen, der Beschleunigung der Strukturreformen und der Fortsetzung einer verantwortungsvollen, wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung. Die Mitgliedstaaten sollten sich bei ihren Maßnahmen auf die bessere Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen konzentrieren. Der gestraffte Prozess zielt auch auf eine höhere Eigenverantwortung auf nationaler Ebene einschließlich der Sozialpartner und anderer Akteure ab.

Im Bereich **Beschäftigung und Sozialschutz** zielen die länderspezifischen Empfehlungen von 2015 auf die Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Teilhabe am Arbeitsmarkt, der Aktivierung und effektiven Einkommensstützung in Verbindung mit Vermittelbarkeit ab. Des Weiteren steht darin die Qualifizierung im Vordergrund; empfohlen werden hochwertige Ausbildungen und lebenslanges Lernen. Verzerrungen wie einer starken Segmentierung des Arbeitsmarkts sowie einer hohen Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit muss unbedingt entgegengewirkt werden.

Das Problem der Tragfähigkeit und die derzeitige und die projizierte Angemessenheit der künftigen **Renten** müssen umfassend angegangen werden. Im Zyklus des Semesters 2015 sind die Anhebung des gesetzlichen und des tatsächlichen Renteneintrittsalters ebenso wie die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen und die Angemessenheit der Renten nach wie vor wichtige Themen.

Im Bereich der **Gesundheitsversorgung** liegt der Schwerpunkt hauptsächlich auf der Sicherstellung der Kosteneffizienz und der Tragfähigkeit unter Gewährleistung des allgemeinen Zugangs aller zu einer angemessenen und hochwertigen Gesundheitsversorgung.

In den letzten Jahren wurden wichtige Maßnahmen in erster Linie zur Bewältigung der dringenden finanziellen und haushaltspolitischen Probleme durchgeführt. Verbesserungen beim Funktionieren der Produktmärkte sind noch stets nötig und würden bessere beschäftigungspolitische Ergebnisse begünstigen. Die Wirtschaftsentwicklung und die Lage auf dem Arbeitsmarkt weisen jedoch unterschiedliche Tendenzen auf. Zur Untermauerung einer reibungslos funktionierenden Währungsunion bedarf es nachhaltiger Konvergenz.

Das Europäische Semester ist ein wichtiges Instrument auf dem Weg zu einer vertieften **Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)** und soll einen Konvergenzprozess in Gang setzen. Bei den für die Koordinierung und die Zusammenarbeit im Rahmen der Beschäftigungs- und Sozialpolitik verwendeten Instrumenten spielte die Ermittlung und Angleichung bewährter Vorgehensweisen in den Bereichen reibungslos funktionierender Arbeitsmärkte und tragfähiger, effizienter Sozialschutzsysteme eine zentrale Rolle. Die erforderliche langfristige Konvergenz in Richtung auf eine oder eine begrenzte Zahl bewährter Vorgehensweisen (Arbeitsmarktstrukturen, -institutionen oder -regeln) in der EU oder dem Euro-Währungsgebiet stellt nach wie vor eine Herausforderung dar. Rechenschaftspflicht und Eigenverantwortung sind Voraussetzungen für demokratisch legitimierte Maßnahmen. Die Akzeptanz der EU und ihrer Politik hängt davon ab, wie die Bürger die Auswirkungen der durchgeführten Maßnahmen auf ihr Leben wahrnehmen und ob diese Maßnahmen als gerecht und ausgewogen empfunden werden.

Vor diesem Hintergrund werden die Minister ersucht, sich mit folgenden Fragen zu befassen:

- 1. Werden in den neuen länderspezifischen Empfehlungen alle Schlüsselprobleme ausgewogen behandelt? Werden in der Empfehlung für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets die beschäftigungspolitischen und sozialen Aspekte ausreichend berücksichtigt?*
- 2. Gibt es beschäftigungs- und sozialpolitische Bereiche - und wenn ja, welche - die einer besseren Koordinierung und Zusammenarbeit oder anderer neuer Konzepte für eine besser funktionierende WWU bedürfen? Ist in den neuen beschäftigungspolitischen Leitlinien und länderspezifischen Empfehlungen die Konvergenz angemessen verankert? Welche Erfahrungen hinsichtlich der Wirkung und Ergebnisse wurden bisher mit den regelbasierten und Leitlinien umfassenden Konzepten gesammelt?*